

Ressort: Finanzen

CDU und SPD wollen Regulierung von Restschuldversicherungen

Berlin, 12.05.2017, 18:00 Uhr

GDN - CDU und SPD sprechen sich für eine Regulierung sogenannter Restschuldversicherungen aus, die im Todesfall eines Kreditnehmers einspringen sollen, oder wenn er krank oder arbeitslos wird und seine Raten nicht mehr zahlen kann. "Ich sehe dringenden Regelungsbedarf", sagte der SPD-Abgeordnete Marcus Held dem "Spiegel".

CDU-Politiker Klaus-Peter Flosbach fordert "eine klare Pflicht zur Aufklärung, dass der Kunde die freie Wahl hat, ob oder zumindest welche Restschuldversicherung er abschließt. Auch die Kosten des Produkts müssen offengelegt werden". Anlass ist die Umsetzung einer EU-Richtlinie zum Versicherungsvertrieb. Nach der ersten Lesung des Gesetzentwurfs im Bundestag seien Verbraucherschützer "erstmalig mit dem Thema an die SPD-Fraktion herangetreten", sagte Held. Tatsächlich werden die Versicherungen schon lange kritisiert, weil sie oft überteuert sind und zu selten tatsächlich helfen. 80 bis 90 Prozent des Versicherungspreises seien Vertriebsprovisionen, heißt es in einer Präsentation der Bank of Scotland, die Restschuldversicherungen ablehnt. Statistiken zufolge schließt trotzdem jeder vierte Kreditnehmer eine Restschuldversicherung ab.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-89287/cdu-und-spd-wollen-regulierung-von-restschuldversicherungen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619